



Gemeinsame Pressemitteilung der Landtagsabgeordneten und Stadträtin Juliane Pfeil-Zabel (SPD) und der SPD/Grüne-Fraktion im Stadtrat der Stadt Plauen vom 19. Juli 2017

„Ordnung und Sicherheit müssen ohne Einschränkungen gewahrt bleiben.“

–

Juliane Pfeil-Zabel und die SPD/Grüne-Fraktion nehmen die gefährliche Situation ernst

Plauen – In den letzten Tagen haben sich die Meldungen zu Ordnungswidrigkeiten und Straftaten in der Innenstadt Plauens gehäuft. Schlägereien, Einbrüche und Messerstechereien halten das Zentrum in Atem. Die Plauenerinnen und Plauener sind besorgt. Genauere Fakten und Hintergründe können sie den Pressemitteilungen der Polizei nicht entnehmen. Die Bürgerinnen und Bürger fordern deutliche Worte und Reaktionen von den politischen Amtsträgern der Stadt.

Die Plauener Landtagsabgeordnete und Stadträtin, Juliane Pfeil-Zabel, erklärt dazu: „Die Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung ist vor allem Aufgabe des Freistaates. In den zurückliegenden Haushaltsberatungen haben wir den Stellenabbau der Polizei gestoppt. Spürbar kann dies natürlich erst dann werden, wenn die Ausbildung der zukünftigen Polizistinnen und Polizisten abgeschlossen ist. Hier in Plauen sieht man nun deutlich, welchen Schaden die öffentliche Sicherheit durch den Abbau von Polizeikräften genommen hat. Sicherheitspolitik bedeutet für die SPD-Fraktion im sächsischen Landtag ganz klar Personalaufbau, Prävention und Stärkung der Zivilgesellschaft. Daher wird es am 12. August eine Blaulichtkonferenz in Dresden geben, wo wir dieses Thema noch stärker in den Fokus rücken.“

Der Fraktionsvorsitzende der SPD/Grüne-Fraktion im Stadtrat der Stadt Plauen, Benjamin Zabel, ergänzt: „Der Oberbürgermeister muss wieder als oberster Ordnungshüter der Stadt erkennbar werden. Der Maßnahmenplan von Oberbürgermeister und Stadtrat, an dem wir maßgeblich mitgewirkt haben, umfasst unter anderem eine bessere Ausstattung und Ausbildung des Gemeindevollzugsdienstes. Er muss ständig überprüft und verbessert werden. Insbesondere die Zusammenarbeit mit der Polizei muss weiter intensiviert werden, zum Beispiel durch gemeinsame Ausbildung und Bestreifung der Innenstadt durch Polizei und Gemeindevollzugsdienst. Die SPD/Grüne-Fraktion hat bereits in den zurückliegenden Haushaltsberatungen eine weitere personelle Aufstockung des Gemeindevollzugsdienstes, sprich der städtischen Ordnungshüter, gefordert. Dies lehnte Oberbürgermeister und die CDU/FDP-Ratsmehrheit bedauerlicherweise ab. Mehr Personal würde mehr Streifen, ganztägig bzw. mehrschichtig und auch in den Stadtteilen ermöglichen.“

Außerdem will die Plauener SPD eine Arbeitsgruppe zur Inneren Sicherheit in der Stadt Plauen einsetzen. „Wir werden die Leitung des Plauener Polizeireviers, die neue Ordnungsamtsleiterin, zivilgesellschaftliche Initiativen und Vertreter der sächsischen SPD-Arbeitsgruppe zur Inneren Sicherheit unter Leitung des ehemaligen Berliner Innensenators Ehrhart Körting einbinden. Die Arbeitsgruppe wird Konzepte zur effektiven Verbesserung der Sicherheitslage in Plauen erarbeiten, die in den anstehenden Haushaltsberatungen der Stadt und in den Landtag eingebracht werden. Interessierte Bürgerinnen und Bürger sollen daran mitwirken. Dabei gilt es, auch präventive Aktivitäten, wie die Mobile Jugendarbeit oder die Integrationsarbeit, einzubinden. Wir müssen schnellstens wieder Frau bzw. Herr über die Lage werden“, so die Plauener Landtagsabgeordnete Pfeil-Zabel abschließend.

Den Vorschlag der Plauener CDU, auf dem Tunnel Videoüberwachung zu installieren, lehnen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ab. SPD/Grüne-Fraktionschef Zabel hierzu: „Der einzige Vorschlag der CDU wird nicht besser, desto häufiger man ihn wiederholt. Nicht nur, dass aktuell die rechtliche Grundlage dafür fehlt, der hohe Personaleinsatz ist bei weitem wirkungsvoller im Streifendienst bzw. bei der Ermittlung von Straftaten gerechtfertigt.“

(3743 Zeichen)